**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 601/2004
Mitteilungsvorlage	☒ Öffentlich
	☐ Nicht öffentlich
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum
Sozialausschuss	15.12.2004

Tagesordnungspunkt

Umsetzung des Sozialgesetzbuches II

Inhalt der Mitteilung:

@->

Auf der Basis der dem Hauptausschuss am 25.08.2004 vorgestellten Vereinbarung hat die stimmenparitätisch besetzte Verhandlungskommission von Agentur für Arbeit und Kommunen einen Lösungsweg zur Umsetzung des SGB II ausgehandelt. Der Vorschlag der Verhandlungskommission wurde in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten im Rheinisch-Bergischen Kreis am 30.11.2004 akzeptiert. Die Verhandlungskommission wird nun eine Übergangsregelung für den Zeitraum 01.01.2005 bis zum Start der Kooperationsgemeinschaft und die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Gründung der Kooperationsgemeinschaft formulieren. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Gründung der Kooperationsgemeinschaft soll Anfang 2005 durch die zuständigen Gremien in den kreisangehörigen Kommunen und beim Rheinisch-Bergischen Kreis beraten und beschlossen werden, so dass sie der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Angestrebt ist, dass die Kooperationsgemeinschaft zum 01.07.2005 ihre Arbeit aufnehmen kann.

Kernpunkte der Verhandlungslösung sind:

- Die Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach und der Rheinisch-Bergische Kreis (als kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende) werden ihre Aufgaben an die Kooperationsgemeinschaft (KoGe) übertragen. Die KoGe wird sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Vereinbarungspartner (Agentur für Arbeit, Rheinisch-Bergischer Kreis, kreisangehörige Kommunen) bedienen.
- In den kreisangehörigen Kommunen werden Kundencenter der Kooperationsgemeinschaft eingerichtet, in denen die kreisangehörigen Kommunen die materiellen Hilfen nach SGB II und das Fallmanagement (einschließlich der arbeitsmarktlichen Eingliederungsleistungen) den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen „aus einer Hand“ gewähren wird.

- Die übrigen Dienste werden zentralisiert angeboten.

Über Einzelheiten der Leistungen und der beabsichtigten organisatorischen Umsetzung in Bergisch Gladbach wird die Verwaltung in der Sitzung mündlich informieren.

<-@